

Warten auf den Kanton

LANGENTHAL Zum zweiten Mal hat der Stadtrat die Bearbeitungsfrist für zwei Vorstösse zur Mehrwertabschöpfung verlängert.

Stadtrat Urs Zurlinden (FDP) wie auch sein Ratskollege Daniel Steiner (EVP) hatten im August 2010 Motionen eingereicht, welche eine gesetzliche Grundlage zur Mehrwertabschöpfung von Gewinnen durch bauplanerische Massnahmen wie Einzonungen verlangen. Beide Vorstösse wurden vom Stadtparlament noch im Oktober desselben Jahres überwiesen – ein entsprechendes Geschäft liegt indes bis heute nicht vor. Bereits im November 2012 hatte das Parlament einem gemeinderätlichen Antrag auf Verlängerung der normalerweise auf zwei Jahre begrenzten Bearbeitungsfrist gewährt. Denn es hatte sich auf Bundesebene ein Referendum über das revidierte Raumplanungsgesetz abgezeichnet. Am Montagabend hat das Parlament die Frist nun erneut verlängert: weil jetzt auf Kantonsebene die Vernehmlassung läuft zur Teilrevision des Baugesetzes, in der es darum geht, die Bundesvorgaben umzusetzen.

Die anwesenden Parlamentarier waren mit dem Gemeinderat einig, dass eine weitere Verschiebung aufgrund der veränderten Rechtsgrundlage auf Bundesebene, die nun vorab den Kanton zum Handeln verpflichtet, angebracht sei. Der Gemeinderat hat nun bis zum Vorliegen der revidierten Vorschriften über die Mehrwertabschöpfung im kantonalen Baugesetz, längstens aber bis Ende 2016 Zeit, die Motionen zu bearbeiten. *khl*

In Kürze

LANGENTHAL Knapp 70 Prozent sind wassersicher

Erstmals haben Langenthaler Schulklassen der dritten und vierten Primarstufe im Sommer den Wassersicherheitscheck der Beratungsstelle für Unfallverhütung gemacht. Bestanden hätten den Selbsttest 67 Prozent der teilnehmenden Kinder, informierte Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst (JLL) am Montagabend den Stadtrat anlässlich der parlamentarischen Fragestunde. *khl*

LANGENTHAL Spritzmittel nur im Ausnahmefall

Als Naturliebhaber ist es Theresia Grädel nicht entgangen, dass unter der Langenthaler Bepflanzung hie und da auch immer wieder ein paar von Bienen gemiedene Pflanzen wie Geranien auftauchen. Ob bei der Bepflanzung denn der Bienen gedacht werde, wollte die SP-Stadträtin daher vom Gemeinderat wissen. Und ob, wenn überhaupt, ausschliesslich für Bienen ungefährliche Spritzmittel zum Einsatz kämen. Der Gemeinderat konnte die Interpellantin beruhigen: Das Stadtbauamt müsse bei der Wahl seiner Bepflanzung auch dem Unterhaltsaufwand Rechnung tragen, so die schriftliche Stellungnahme. Dennoch sei man bemüht, die Biodiversität möglichst hoch zu halten. Und die ohnehin ausschliesslich «ökologischen» Spritzmittel würden grundsätzlich nur eingesetzt, wenn dies «unbedingt nötig» sei. *khl*

Wie weiter mit der Alten Mühle?

LANGENTHAL Das heutige Betriebskonzept der Alten Mühle schreckt potenzielle Gastronomen ab. Im Fokus steht die Gratisnutzung von Räumen. Fällt diese weg, wäre ein rentabler Betrieb denkbar. Die Bevölkerung zöge dabei jedoch den Kürzeren.

Der Stiftung Mühle Langenthal ist auch die letzte «valable» Kandidatin für die Übernahme des Gastronomiebereichs der Alten Mühle abgesprungen (siehe gestrige Ausgabe). Für die Zukunft stellt sich daher die Frage nach einem neuen Betriebs- und Nutzungskonzept. Denn offensichtlich erweist sich das bisherige Konzept als Klotz am Bein bei der Suche nach einem Nachfolger für die konkursite Stampfli Gastro & Hotel GmbH. Besonders abschreckend auf Interessenten wirken offenbar die Gratisnutzung und die Verwaltung von Räumlichkeiten der Alten Mühle. Das jetzige Betriebskonzept sieht nämlich vor, dass die vermietbaren Räume während eines Drittels der Betriebszeit der Bevölkerung unentgeltlich zur Verfügung stehen müssen. Diese politische Auflage, aber auch die Grösse des Hauses und das Wissen um eine konkursite Vorbetreiberin hätten sämtliche Interessenten zum Rückzug bewogen, schreibt der Stiftungsrat in einer Mitteilung.

Politik soll entscheiden

Weil die Eckwerte des Konzepts einen rentablen Betrieb der Alten Mühle nicht mehr zulassen, sucht der Stiftungsrat momentan nicht weiter nach einem neuen Wirt. Vorerst spielt die Stiftung den Ball der Politik zu. Unter Einbezug des Gemeinderats soll ein neues, allenfalls angepasstes Betriebskonzept ausgearbeitet werden.

Wie ein solches jedoch aussehen könnte, lässt Daniel Steiner, Stadtschreiber und gleichzeitig Geschäftsführer der Stiftung Mühle Langenthal, weitgehend offen. Für ihn gebe es im Grunde zwei Möglichkeiten, wobei ihm persönlich die erste lieber wäre. Konkret: Steiner möchte am jetzigen Betriebskonzept mit Gratisraumbenützung grundsätzlich festhalten. Die zweite Variante dagegen würde die Bedürfnisse der Öffentlichkeit in den Hintergrund stellen. In diesem Fall wäre die Gratisnutzung zu kippen und wirtschaftliche Überlegungen höher zu gewichten. Man müsste sich mitunter fragen, ob, wie und an wen die Räume der Alten Mühle vermietet werden könnten, gibt Steiner zu bedenken. «Eine externe Vermietung ist wirtschaftlich gesehen sicher die attraktivere, das Nutzungsrecht der Bevölkerung jedoch die sym-



Gibts für die Alte Mühle kein neues Konzept, bleibt das Gebäude wohl noch lange unbelebt. Sämtliche potenziellen Betreiber sagten der Stiftung ab. Namen und Anzahl gibt Stadtschreiber Daniel Steiner nicht bekannt. *Robert Grogg*

pathischere Variante.» Er könne sich vorstellen, dass viele Lokalpolitiker ebenso denken würden.

Übergangsweise Öffnung?

Dass dem so ist, machte am Montagabend etwa Pascal Dietrich (JLL) anlässlich der Stadtratssitzung deutlich. In der parlamentarischen Fragestunde bedauerte er, dass Vereinen und Institutionen bis auf weiteres die Möglichkeit der unentgeltlichen Raumnutzung verwehrt bleibe. Dietrich machte den Vorschlag, das Raumreservationssystem zumindest provisorisch in den Stadtläden oder ins Verwaltungszentrum auszulagern, sodass die Räume der Alten Mühle wieder

gebucht und gebraucht werden könnten. «Das wäre doch mit vertretbarem Aufwand machbar?», fragte Dietrich an die Adresse des Gemeinderats. Doch Stadtpräsident Thomas Rufener hatte augenblicklich kein Gehör für den Vorschlag. Man wolle jetzt, da sich der Gemeinderat mit dem Fall befasse, nicht einem politischen Prozess vorgehen. Heute berät der Gemeinderat in einer Sitzung über die Zukunft der Alten Mühle.

Renovation mit Steuergeldern

Dass die Räume der Alten Mühle der Öffentlichkeit grundsätzlich gratis zur Verfügung stehen, ist politisch bedingt. Anfang der

1990er-Jahre drängte sich eine Totalrevision des Gebäudes auf, nachdem die Stiftung Mühle das Mühleareal bereits in den Achtzigerjahren schenkungsweise von der Stadt erhalten hatte. Für die Renovation war die Stiftung jedoch auf Geld der Stadt angewiesen. 1992 genehmigte der Souverän ein Darlehen von 6,5 Millionen Franken, verknüpft mit der Auflage, dass die vermietbaren Räume während eines Drittels der jährlichen Betriebszeit von Vereinen und Institutionen unentgeltlich genutzt werden könnten. Die Mitbenutzung war mitunter ein Grund dafür, dass das Stimmvolk das Darlehen überhaupt guthiess. *Patrick Jordi*

KONKURS

Forderung gegen Stampfli bleibt

Der Stiftungsrat wahrt als selbstständige juristische Person gegenüber der Vorbetreiberin der Alten Mühle, der Stampfli Gastro & Hotel GmbH, alle Ansprüche in deren Konkursverfahren. **Erstmals legt die Stiftung nun konkrete Zahlen vor.** Ihrerseits bestehen offene Forderungen zusätzlich Zinsen von rund 37 000 Franken. Diese gehen voraussichtlich flöten. Darüber hinaus gewährte die Stiftung der Firma Stampfli Gastro & Hotel GmbH ein Darlehen im Sinne einer Anschubfinanzierung von 126 000 Franken. Dieses Darlehen ist durch den Firmeninhaber Mathies Stampfli persönlich verbürgt. **Im äussersten Fall kommt es zur Betreibung von Stampfli durch die Stiftung Mühle.** Stadtschreiber Daniel Steiner bestätigt dieses Vorgehen, sagt aber: «Wir wollen Stampflis Existenz nicht zerstören.» Zu gross sei sein Einsatz zugunsten der Alten Mühle gewesen. Steiner kann sich deshalb eine gestaffelte oder eine Teilrückzahlung des Darlehens vorstellen. Entschieden ist nichts. *paj*

BETRIEBSRECHNUNG

Stiftungsrat will Kosten tief halten

Seit Mitte Februar ist die Alte Mühle geschlossen. Und sie wird es bis auf weiteres bleiben. **Einnahmen werden so lange keine generiert – Kosten fallen aber trotzdem an.** Der Stiftungsrat will gemäss Mitteilung jedoch alles daransetzen, die laufenden Kosten wegen der fehlenden Einnahmen aus den Gastronomieumsätzen und des Wegfalls der entgeltlichen Vermietungen auf ein Minimum zu reduzieren. Konkret wird etwa der Hauswart als Angestellter der Stadt Langenthal neu auch im Stadttheater und in der städtischen Polizeiwerkstatt eingesetzt. Die wegfallenden Einnahmen aus der Gastronomie und der Vermietung dürften sich für 2014 auf rund 200 000 Franken belaufen. Vergleichswerte aus den Vorjahren lassen diese Vermutung zu. 2011 betrug die Einnahmen 280 000 Franken, 2012 waren es 270 000 Franken und 2013 beliefen sie sich auf rund 200 000 Franken. **Verzichten muss die Stiftung im laufenden Jahr zudem auf den Pauschalbeitrag der Stadt für die unentgeltliche Raumnutzung.** Dadurch fehlen weitere 30 000 Franken in der Kasse. *paj*

Gemeinderat muss Krippenangebot überprüfen

LANGENTHAL Die Stadt verfüge über zu wenig Krippenplätze, monieren sieben Langenthaler Stadträte. Auch Parlament und Gemeinderat sind mehrheitlich dieser Meinung.

In der Stadt Langenthal mit ihren fast 16 000 Einwohnern gibt es eine einzige Kinderkrippe. Das sei eindeutig zu wenig, bemängeln sieben Stadträte. In einer Motion bezeichnen sie die Situation als «unhaltbar». «Seit längerer Zeit übersteigt die Nachfrage nach Krippenplätzen das Angebot deutlich», heisst es. Die Warteliste in Langenthals einziger Krippe

werde sukzessive länger und länger. In den vergangenen Monaten habe sich die Situation derart verschärft, dass Wartefristen von über einem Jahr die Regel seien. «Die Lage ist derzeit so, dass werdende Eltern in Langenthal nicht innert nützlicher Frist einen Krippenplatz für ihren Nachwuchs finden.» In ihrem Vorstoss fordern die Motionäre rund um Stadtrat Pascal Dietrich (JLL) den Gemeinderat auf, nach Lösungen zu suchen, um das Platzangebot in der Kinderkrippe rasch erweitern zu können. Die Rede ist von 15 bis 20 Plätzen. Denkbar sind für die Motionäre

auch zusätzliche Krippen auf privater Basis.

Gemeinderat will handeln

Anlässlich der Stadtratssitzung vom Montag nahm der Gemeinderat Stellung zum Anliegen. Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst (JLL) räumte ein, dass die Warteliste für Krippenplätze tatsächlich unverhältnismässig lang sei. Der Gemeinderat wolle daher der Sache auf den Grund gehen. Er schlug dem Stadtrat vor, die Motion für erheblich zu erklären. Das Parlament stimmte diesem Antrag nach kurzer Diskussion mit 25 Ja gegen 9 Nein

zu. Gegenwind gab es nur von der SVP-Fraktion.

Albert Schaller (SVP) nannte die Gründe für die Ablehnung. Er und seine Fraktion seien gegen eine erneute Einmischung der öffentlichen Hand. Es könne nicht sein, dass sich die Stadt mit noch mehr jährlich wiederkehrenden Kosten in Form von subventionierten Krippenplätzen belaste. Die Stadt subventioniert derzeit 56 Plätze in Langenthals einziger Kinderkrippe.

«Nicht zwingend die Stadt»

Stadtrat Markus Gfeller (FDP) hielt dagegen: «In der Motion

steht nirgends geschrieben, dass zwingend die öffentliche Hand zahlen soll.» Damit spielte Gfeller auf allfällige private Lösungen an. Diese seien jedoch durch die Stadt anzustossen. Mehrfach wurde von Fraktions- und Einzelsprechern auch betont, dass ein ausreichendes Krippenangebot ein nicht zu unterschätzender Standortvorteil sei. Ein Umzug nach Langenthal käme für viele berufstätige Eltern nur dann infrage, wenn genügend Krippenplätze vorhanden seien. Schaffe man kein entsprechendes Angebot, blieben potenzielle Steuerzahler aus. *paj*